Nr. 41a. 37. Jahrgang. **Parlaments-Ausgabe** Berlin, 24. Januar 1908

Berliner Tageblatt

Haus der Abgeordneten.

16. Sitzung vom 23. Januar.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Abg. **Dr. Crüger** (fr. Vp.)

hält eine besondere Diskontpolitik für den Mittelstand für praktisch unmöglich und führt die Goldknappheit auf die Schutzzollpolitik zurück. Von der Erhöhung des Kapitals der Preußenkasse sei ebensowenig ein Einfluß auf die Entwickelung des Wirtschaftslebens und damit auf den Zinsfuß zu erwarten wie von irgendeinem anderen künstlichen Mittel. Der Redner verweist dann auf das Verstummen auch der bisher entschiedensten Gegner der Politik der Reichsbank, die jetzt ziemlich allgemein als zweckmäßig anerkannt werde, und begründet ausführlich die Unmöglichkeit einer Sonderdiskontpolitik im Interesse eines bestimmten Mittelstandes. Erfreulich sei, daß kein Redner die Währungspolitik mit der Krisis in ursächlichen Zusammenhang gebracht habe. Uebrigens könne man höchstens von einer Geldkrisis, aber nicht von einer allgemeinen wirtschaftlichen Krisis sprechen, wenn auch in einzelnen Zweigen unserer Volkswirtschaft ein Rückgang zu verzeichnen sei. Die Geldkrisis aber scheine in der Hauptsache überwunden. Wirtschaftliche und auch finanzielle Krisen werde man aber nie und nirgends mit künstlichen Mitteln vermeiden können; wir sind nur ein Glied in der Kette der Weltwirtschaft, und eine Krise im Wirtschaftsleben einer großen Auslandsnation wird immer auf unser Vaterland ihren Rückschlag ausüben. Die Schaffung eines stabilen Zinsfußes, die der Leiter der Preußenkasse als deren Hauptaufgabe bezeichnet habe, sei unmöglich. Das zeige übrigens schon das Schwanken des Zinsfußes der Preußenkasse zwischen 3, 5 und 6,25 Prozent. Die Gewährung von 95 Millionen Genossenschaftskredit in einem Monat ist keine imponierende Leistung der Preußenkasse. Was bedeuten diese 95 Millionen in unserem Wirtschaftsleben, was bedeuten sie auch nur in unserem Genossenschaftswesen? Den Scheckverkehr nach englischem Muster heißt der Redner willkommen, will dagegen nichts von dem Depositenverkehr bei der Reichsbank wissen, da dieser ja gerade den Instituten Mittel entziehen würde, die das Kreditbedürfnis des Mittelstandes zu befriedigen haben. Außerdem füge sich dieser Depositenverkehr nicht in den Rahmen der Aufgaben der Reichsbank ein. Weiter bespricht der Redner unsere Kreditorganisation, insbesondere die genossenschaftliche. Die vielfach empfohlene Entschuldungsmittel Ablösung des Hypothekarkredits durch den Personalkredit sei ein sehr bedenkliches Experiment; die Liquidität der Genossenschaften müßte trotz aller Versicherungen des Gegenteils darunter leiden. Die Kreisspartkassen machten namentlich im Westen den Genossenschaften unbequeme und schädliche Konkurrenz; da sollte die Regierung einen Riegel vorschieben. Der Redner wendet sich dann gegen die Erhöhung des Kapitals der Preußenkasse; die Genossenschaften, die schon heute nach der Pfeife der Preußenkasse tanzen müßten, würden dann noch abhängiger von ihr werden. Abg. Crüger spricht darauf den Dank der Genossenschaften an den bisherigen Reichsbankpräsidenten Koch aus und hofft, daß der neue Direktor ähnliches Verständnis für die Aufgaben der Reichsbank gegenüber den Genossenschaften zeigen möge. Freilich müßte dann die Reichsbank den Genossenschaften in Zukunft mehr entgegenkommen. (Lebhafter Beifall links.)

Präsident der Zentralgenossenschaftskasse **Dr. Heiligenstadt**:

Die Zentralgenossenschaftskasse hat ihr Anlagekapital mit 3 Prozent verzinst und einen Reservefonds von mehr als 4 Millionen zurückgestellt. Sie hat der Landwirtschaft erheblich genützt, und die Kreise des Handels und der Börse, die in der Preußenkasse eine unbequeme Konkurrentin sähen, würden sich an diese Konkurrentin wohl oder übel gewöhnen müssen. Dr. Heiligenstadt tritt dann in längeren, mit ziffernmäßigem Zifferntaterial belegten Ausführungen den Angriffen auf die Leitung der Preußenkasse entgegen. Die Preußenkasse habe unter anderem in der Krisis dem allgemeinen Geldmarkt um vier Millionen weniger entnommen, als sie ihm zur Verfügung gestellt habe. Das Genossenschaftswesen ist im ganzen Lande durch die Existenz und Tätigkeit der Preußenkasse erheblich gefördert worden. Die Disposition der Kasse habe tatsächlich zu einer Stärkung des Berliner Geldmarktes geführt und tue es noch. Eine eigene Bankpolitik, unabhängig von der Reichsbank, habe die Preußenkasse nie zu treiben getrachtet; das sei auch unmöglich. Einen stabilen Zinsfuß aufrecht zu erhalten, habe er sich nie anheischig gemacht, das seien „olle Kamellen", wohl aber sei die Aufrechterhaltung eines möglichst stabilen Zinsfußes eine Hauptaufgabe der Preußenkasse. Die Unterstützungen genossenschaftlicher Entschuldungsaktionen kämen selbstverständlich nur bei nicht überschuldeten Besitzern in Frage. (Beifall.)

Abg. **Münsterberg** (fr. Vg.):

Wenn der Finanzminister darauf hingewiesen hat, daß der Diskont der Reichsbank um 1,28 Prozent höher gewesen ist als der der Preußenkasse, so ist dem entgegenzuhalten, daß von dem niedrigeren Zinsfuß der letzteren Kasse nur ein kleiner Teil der Bevölkerung Vorteil gehabt hat. Unter dem hohen Diskont haben besonders die Großbetriebe und Großbanken gelitten. Wir haben niemals behauptet, daß Handelsverträge an sich schädlich seien, wir haben aber immer darauf hingewiesen, daß, wenn ein Rückschlag im Verkehr, der sich damals in einem glänzenden Aufschwung befand, eintreten würde, dann das schwere Rüstzeug der Handelsverträge sich als schädlich erweisen wird, wie es jetzt tatsächlich eingetreten ist.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Besprechung angenommen.

Persönlich bemerkt

Abg. Dr. **Crüger** (fr. Vp.):

Wenn Dr. Heiligenstadt gesagt habe, er, Redner, habe „olle Kamellen" vorgebracht, so sei es nicht seine Schuld, daß er immer wieder auf die Fehler der Zentralgenossenschaftskasse aufmerksam machen müsse.

Abg. **Arendt** (freik.)

spricht sein Bedauern darüber aus, daß ihm durch Schluß der Besprechung das Wort abgeschnitten worden sei. Zeit werde das Haus dadurch nicht gewinnen haben, denn was er heute kurz gesagt haben würde, werde er beim Etat mit aller Ausführlichkeit sagen, und daran werde sich wohl eine größere Debatte knüpfen, als sie hier zu erwarten war. (Heiterkeit.)

Das Haus geht dann zu der

Automobilinterpellation

der Konservativen über, die von der Regierung Maßnahmen gegen Ausschreitungen im Automobilismus fordert.

Eisenbahnminister **Breitenbach**

erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg. Graf **Carmer** (kons.)

begründet die Interpellation. Seine Freunde wollten dem Automobilismus nichts in den Weg legen. Wohl aber müsse dem Unfug der wilden Autler Einhalt getan werden. In den letzten 6 Monaten sind 2920 Automobilunfälle bei uns vorgekommen und 33 Menschen getötet worden. (Hört, hört!) Und zwar waren es durchweg Luxusautomobile, die diese Unfälle verursachten, Sport- und Vergnügungswagen. Die Automobilisten legen oft eine beispiellose Roheit an den Tag (sehr richtig!), wenn sie so dahin sausen! Diese Herren schätzen den Wert ihrer Zeit denn doch zu hoch ein. Gerade die Landwege sind besonders gefährdet, und die Landbevölkerung ist über die Autler im höchsten Maße erbittert, zumal da diese sich, wenn sie etwas angerichtet haben, durch die Flucht der Verantwortung zu entziehen belieben. In den 2920 Fällen haben 500 Schuldige das Weite gesucht, 120 haben es versucht. Der Redner polemisiert gegen den Minister des Inneren, der hier nicht erschienen sei, obwohl die Sache ihn doch angehe; denn nur durch Polizeimaßregeln sei dem Unfug zu steuern. Die heutigen Strafbestimmungen genügten ganz und gar nicht. Der verständige Autler müsse geschützt werden, indem man gegen den wilden Autler streng verfahre.

Minister der öffentlichen Arbeiten **Breitenbach**:

Angesichts der Gefahren, die mit dem Automobilwesen verknüpft sind, sind gesetzliche und polizeiliche Vorschriften und deren strenge Handhabung durchaus notwendig, um diesen Gefahren vorzubeugen und sie zu beseitigen. Auf der anderen Seite haben wir die Aufgabe, das Automobilwesen, welches eine ganz außerordentliche Bedeutung gewonnen hat, zu fördern und es vor Ueberfliegelung zu bewahren. Unter diesem Gesichtspunkte wird die Staatsregierung alle Beschwerden prüfen. Ein Teil dieser Beschwerden erklärt sich aus der Neuheit des Verkehrsmittels. (Widerspruch rechts.) Ich gebe ohne weiteres zu, daß

der größte Teil der Gefährdung auf Auswüchse zurückzuführen

ist. (Sehr richtig! rechts.) Die Schnelligkeit des Automobils reizt zu sportlichen Uebertreibungen und gibt Anlaß zu den größten Exzessen. Die Regierung ist bemüht, diese Ausschreitungen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen, sie muß durch Erlaß einheitlicher Polizeiverordnungen für die Verkehrssicherheit sorgen. Unsere polizeilichen Vorschriften sind viel strenger als die in anderen Staaten. In vielen Fällen ist es aber nicht möglich, die Exzedenten zu fassen, trotz des Bestehens der polizeilichen einheitlichen Vorschriften, die seit dem 1. Oktober 1906 zur Ausführung gelangt sind. Ich erkenne an, daß der heutige Zustand noch Mängel aufweist. Nach der Rechtsprechung der preußischen Gerichte wird es vielfach nicht möglich sein, auf Grund der Polizeiverordnung gegen Ausschreitungen vorzugehen. Erforderlich sind strenge Vorschriften für die Ausbildung der Fahrer. Wenn wir erst ein besseres Chauffeurmaterial bekommen, dann werden auch manche Gefahren beseitigt werden. Es wird vorgegangen werden müssen von Gesetzes wegen dahin, daß die Polizeibehörden höhere Haftstrafen festsetzen, daß den Polizeibehörden die Befugnis gegeben wird, unzuverlässigen Fahrern die Fahrerlaubnis zu nehmen, und zwar nicht nur den Chauffeuren, sondern auch den Herrenfahrern. Durchgreifende Besserung wird zu erwarten sein, wenn Schulen für Chauffeure eingerichtet und strengere Vorschriften für sie erlassen werden. Durch die Prüfung wird festzustellen sein, nicht nur ob der Chauffeur die nötige Vorbildung, zum Lenken hat, sondern auch, ob er das nötige Seh- und Hörvermögen besitzt, sowie ob er die nötige Ruhe und Geistesgegenwart und die erforderliche moralische Qualifikation hat. (Sehr richtig! rechts.) Wegen Einrichtung dieser Schulen schweben bereits Verhandlungen zwischen den beteiligten Ressorts. Ich hoffe, daß diese Verhandlungen bald zum Abschluß gelangen werden. Was das Automobilhaftpflichtgesetz betrifft, so ist zu hoffen, daß ein neuer Entwurf dem Reichstag bald zugeht. Die Herkomer-Fahrten sind gar keine Rennen, sondern Sicherheitsfahrten, und es soll darauf Bedacht genommen werden, daß sie nur einmal im Jahre stattfinden. (Beifall.)

Auf Antrag des Abg. Frhr. **v. Erffa** (kons.) findet Besprechung der Interpellation statt.

Abg. Freiherr **v. Gynatten** (Ztr.)

bedauert, daß der Minister des Inneren und der Justizminister nicht im Hause anwesend sind, denn eine große Reihe Delikte, die von Automobilfahrern begangen seien, hätten noch keine Sühne gefunden. Der Redner weist darauf hin, daß auf der Strecke zwischen Aachen und Köln eine große Reihe von Automobilunfällen vorgekommen sei, deren Entdeckung infolge von raffinierten Fälschungen der Fahrer unmöglich gemacht worden sei. So habe sich herausgestellt, daß Nummern zur Anzeige gebracht worden seien, deren Wagen gar nicht in der entsprechenden Zeit gefahren haben. Ferner seien in vielen Fällen die Nummern unkenntlich gemacht worden, so daß sie bei der schnellen Fahrt nicht erkennbar gewesen seien. Bei ungenügender Beleuchtung sei es auch vorgekommen, daß die Fahrer die Verunglückten in hilflosem Zustande zurückgelassen hätten. Nachdem das rücksichtslose Fahren seinen Höhepunkt erreicht hatte, begannen die Polizeibehörden einzuschreiten, aber auch ihnen ist es infolge der vielen Fälschungen nicht gelungen, die Täter zu entdecken. In Fachschriften ist vor den Polizeibeamten auf dieser Strecke sogar gewarnt worden. Ich habe an und für sich nichts gegen den Automobilsport, sondern ich bekämpfe lediglich dessen Auswüchse. Es müssen Maßregeln getroffen werden gegen die von mir erwähnten Fälschungen. Wenn jemand mit gefälschter Nummer gefahren ist, so dürfte ein solcher niemals mehr eine Fahrerlaubnis erhalten. Wenn man das Rasen der Automobile auf den Landstraßen sieht, so muß man sich wundern, daß so wenig Protokolle von den Beamten gemacht werden. Man spricht soviel von Tierschutzbestrebungen, denen wir alle sympatisch gegenüberstehen. Angesichts der vielen Automobilunfälle regt sich der Wunsch, nach einem Menschenschutzverein gegen die Automobile. Redner zitiert die Zeitschrift des Kaiserlichen Automobilklubs, in welcher es unter anderem heißt, die Fußgänger sollten sich nicht einbilden, daß die Straßen ein Tummelplatz für alle möglichen Leute seien. (Heiterkeit.) Es wird nicht besser werden, bis wir eine reichsgesetzliche Regelung der Angelegenheit bekommen.

Abg. **v. Strosser** (kons.)

fordert, daß die Herkomer-Fahrten, die keine Sicherheitsfahrten, sondern einfach Rennen sind, überhaupt nicht mehr stattfinden sollen. Redner verweist auf die Darlegungen eines vielverbreiteten Buches hin, worin ausgeführt wird, daß das Automobil in seiner heutigen Gestalt nicht einen Fortschritt, sondern einen Rückschritt bedeutet. Die Radfahrer haben sich den Unwillen, der sich im Publikum gegen sie kundgab, zu Herzen genommen. Sie haben sich zu ihrem Vorteil verändert, während man von den Automobilfahrern nur sagen kann, daß sie sich zu ihrem Nachteil verändert haben. In Fachschriften und Zeitungen heißt es immer: In der Zeit des Verkehrs sind diejenigen, die sich gegen die Automobile aussprechen, verkehrsfeindlich. Aber in der heutigen Zeit muß man sich den Vorwurf der Feindlichkeit auf vielen Gebieten gefallen lassen. Wer heute den Simplizissimus verurteilt, wer die modernen zotigen Theaterstücke oder wer den Schmutz in Literatur und Kunst an den Pranger stellt, wird für bildungsfeindlich gehalten. So sucht man mit dem Schlagwort „verkehrsfeindlich" diejenigen zu treffen, die gegen die Auswüchse des Automobilismus kämpfen. Der Benzingeruch, der Staub, der ohrenbetäubende Lärm gehören wahrlich nicht zu den Annehmlichkeiten. Auf dem Lande möchte jeder Stall hermetisch verschlossen sein, damit nur ja nicht etwas von dem Stallgeruch herausdringt. Warum nimmt die Polizei auf unsere Nasen keine Rücksicht? (Sehr richtig! rechts.) Wir wünschen, daß die Automobilschulen sobald wie möglich eingerichtet werden. Viele Fahrer sind durch ihr Handwerk geradezu verroht. (Sehr richtig! rechts.) In einem Coupé auf der Fahrt von Breslau nach Berlin rühmte sich ein Mann, der der Gesellschaft angehören wollte, daß er mit seinem Automobil so nahe am Minnstein fuhr, daß er eine ganze Anzahl Mädchen in weißen Kleidern mit Schmutzbespritzte. (Pfuirufe rechts.) Daß ich dem Herrn gegenüber aus meiner Meinung kein Hehl gemacht habe, können Sie sich wohl denken. (Beifall.) Der Redner bespricht sodann den Prozeß gegen den Rechtsanwalt Abrahamsohn. (Zurufe rechts: Abrahamsohn!) Durch Zeugenaussagen ist festgestellt, daß Frau Abrahamsohn gesagt hat: Wir fahren durch! Sie sollen auf die Bälger besser aufpassen! (Erneute Pfuirufe.) Der Verteidiger sagte, man müsse auf den Tonfall dabei achten. (Lachen rechts.) Das wären Ausdrücke, die von Müttern ihren Kindern gegenüber gebraucht werden. Was muß das für eine Kinderstube gewesen sein, in der der Rechtsanwalt aufgewachsen ist. (Sehr richtig! rechts.) Fast alle Automobilfahrer fahren schneller, als vorgeschrieben ist. Schade, daß der Minister des Inneren nicht hier ist. Ich hätte ihn gefragt, wozu die Polizeiverordnungen da sind, wenn sie nicht befolgt werden. (Sehr richtig! rechts.) In Berlin kehrt sich kein Fahrer und kein Schutzmann um die Polizeiverordnung. Niemals nimmt ein Schutzmann Veranlassung, diese wilden Fahrer aufzuschreiben. Der Kurfürstendamm wird von den Herren Automobilisten nicht als Straße, sondern als Rennbahn benutzt. (Sehr richtig! rechts.) Durch die Automobilrennen werden die Automobilisten geradezu zum Rasen erzogen. Der Vergleich mit den Pferderennen paßt ganz und gar nicht. Pferderennen finden nicht auf den Landstraßen statt. Bei der sogenannten Zuverlässigkeitsfahrt sind zahlreiche Leute schwer verletzt worden. Das Taunusrennen hat in ganz Deutschland außerordentliches Befremden und Mißfallen erregt. (Lebhafter Beifall. Sehr richtig!) Die Landstraßen waren zwei Tage gesperrt. Wie kommt man dazu, dem Bauer, der seine Butter oder Milch auf den Markt bringen will, zwei Tage lang die Landstraße zu versperren? Wer entschädigt ihn dafür? Die Unfälle beim Taunusrennen hat man vertuscht. Einem Berliner Blatte wurde auf Anfrage jede Erklärung über die Unfälle verweigert. Redner wendet sich gegen eine Schrift des kaiserlichen Automobilklubs. Der Automobilklub sollte sich für seine Schriften doch Verfasser aussuchen, die ihrer Aufgabe besser gewachsen sind. Sonst kann er sagen: Gott behüte mich vor meinen Freunden! (Sehr richtig! rechts.) Im allgemeinen kann ich den Automobilisten nur zurufen: Etwas mehr Bescheidenheit! (Lebhafter Beifall rechts.) Man macht ja jetzt alle Jahre große Automobilausstellungen. Man sollte daneben die Krüppel ausstellen, die in einem Jahre allein in Berlin den Automobilen zum Opfer fallen. Und die Sprache, die die Herren Automobilisten führen! Ist die Stimmung in allen Kreisen der Bevölkerung so ungerechtfertigt, daß die Herren eine solche Sprache führen dürfen? Wenn die Herren glauben, einen besonderen Schutz zu haben, so geht das nicht an, und wir richten den ernsten Wunsch an die Staatsregierung, hier einzuschreiten. Ich kann ihr nur das alte Wort zurufen: Videant consules! (Lebhafter Beifall rechts.)

Das Haus vertagt sich. Zur Geschäftsordnung bittet:

Abg. Dr. **Müller**-Berlin (fr. Vp.):

Den Gegenstand bald wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Heute wolle er sich auf das Zitat des Kapuziners in „Wallenstein" beschränken: „Aber wie kann man die Knechte loben, kommt doch das Aergernis von oben." (Heiterkeit.)

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr: Landwirtschaftsetat.

Schluß 4¾ Uhr.

Deutscher Reichstag.

87. Sitzung vom 23. Januar 1 Uhr.

Die erste Beratung des

Scheckgesetzentwurfes

wird fortgesetzt.

Abg. **Arendt** (Reichsp.):

Auch meine Partei wird der Vorlage zustimmen. Kommissarische Beratung ist eigentlich überflüssig. Wenn der Entwurf so allgemein hier eine günstige Aufnahme gefunden hat, so liegt dies daran, daß er der Oeffentlichkeit unterbreitet worden ist, und daß die laut gewordenen Wünsche berücksichtigt worden sind. Einer Vordatierung des Schecks, wie sie leider um sich gegriffen hat, scheint der Entwurf genügend vorzubeugen. Herr Mommsen hat gemeint, die Banken hätten von der Erweiterung des Scheckwesens gar keine Vorteile. Das ist doch nicht richtig, der Vorteil liegt für die Banken in dem Kontrollrecht. Keinesfalls dürfen die Banken Scheckgebühren erheben; läge diese Gefahr vor, so täten wir besser, die Gebühren für das Reich zu erheben. Für die Sicherheit der Depots wird durch ein Depositengesetz Sorge zu tragen sein. Nur durch das Wachsen der Barbeständen kann der Scheck den erwarteten Nutzen bringen. Daß durch das Scheckwesen Barmittel erspart werden, das ist auch eine naive Meinung. Aber ebenso, wie die Ersparnis an Barmitteln Nutzen bringt, genau ebenso nützlich ist — die Vermehrung der Umlaufsmittel, denn in beiden Fällen ist der Effekt derselbe. Ich wünsche also keine Verdrängung des Bargeldumlaufs durch den Scheckverkehr. Redner verbreitet sich weiterhin sehr eingehend über die Bankdiskontfrage, über Zahlungsbilanz usw. Die Freizügigkeit des Goldes sei unmöglich aufrecht zu erhalten, sonst können wir zu einem Bankerott der Goldwährung kommen. Und das wünsche er nicht, denn er habe jetzt nichts an deren Stelle zu setzen. Wir wünschen jetzt nur die Goldwährung lebensfähig zu erhalten.

Abg. **Kämpf** (fr. Vp.):

Herr Arendt will unsere Goldwährung nicht aus der Welt schaffen, wenn wir hübsch artig sind. Wir trauen ihm nicht recht, der bimetallistische Pferdefuß kommt bei ihm doch immer wieder zum Vorschein. Er sollte sich doch überlegen, was er mit seinen Forderungen für den internationalen Kredit der deutschen Reiches alles anrichten kann. Der Redner setzt sich näheren mit dem Abgeordneten Dr. Arendt auseinander. Den Vorzügen des Postscheckwesens gegenüber müssen die kleinlichen Bedenken der ländlichen Genossenschafter aus kulturellem Interesse zurücktreten. Die zehntägige Umlaufsfrist ist ein Kompromiß zwischen denen, die im Scheck ein Kreditmittel sehen, und denen, die ihm nur den Charakter einer Ueberweisung geben wollen. Abzulehnen ist eine Erweiterung der passiven Scheckfähigkeit, weil sonst ein rationelles Abrechnungswesen erschwert wird.